



Offener Brief an das Bundesumweltministerium / BMU  
Referat Öffentlichkeitsarbeit zum Bericht :  
"Müllverbrennung – ein Gefahrenherd ?"

### **Kurzfassung**

Für diesen Bericht verleiht unser Umweltverband den:

**"Oskar für die schlechteste Umweltnachricht des Jahres"**

Autor: Klaus Koch / 7-2006

Sehr geehrte Damen und Herren  
des Bundesumweltministeriums,

mit Stand Juli 2005 wurde über Ihr Referat Öffentlichkeitsarbeit des Bundesumweltministeriums der 8-seitige Bericht "Müllverbrennung – ein Gefahrenherd? Abschied von der Dioxinschleuder" im Internet veröffentlicht. (siehe auch [www.bmu.de](http://www.bmu.de))

Dem uninformierten Leser dieser Broschüre wird suggeriert, dass die Abfallverbrennung für die Umwelt keine Gefahr mehr darstellt. Leider ist dies nicht der Fall: mit großer Sorge wird in den letzten Jahren bei Neuplanungen oder dem Ausbau von allen Arten der Abfallverbrennung, ob über den Neubau oder Erweiterung der klassischen Siedlungsabfallentsorgungsanlage, über neue Industrie-Heizkraftwerke zur Verbrennung von Sekundärroh-, und Ersatzbrennstoffen, oder die Mitverbrennung von heizwertreichen Abfällen in Kohlekraft- und Zementwerken eine Abkehr in der Qualität der Rauchgasreinigungsanlagen beobachtet. Statt wie bereits in vielen MVA praktiziert (siehe u.a. MVA Bielefeld / MVA Borsigstr. MVA Kiel) über mehrstufige und nasse Rauchgasreinigungsanlagen ein technisches Optimum der Filterung von Schadstoffen zu erzielen, werden neue Verbrennungsanlagen mit unzureichenden und billigen Filteranlagen ausgerüstet, die den untersten Level des bestmöglichen „Stand der Technik“ einhalten.

Welcher Stand der Technik hingegen möglich und auch von der europäischen Union eingefordert wird, ist den Dokumenten des BREF- und Sevilla-Protokoll zu entnehmen: <http://eippcb.irc.es> oder [www.umweltbundesamt.de/nfp-bat/index.htm](http://www.umweltbundesamt.de/nfp-bat/index.htm) . Die Einhaltung dieser Werte wird von dem Ökotoxikologen Dr. Kruse sowie auch von Kühling/Peters über nachhaltige „Vorsorgewerte“ gefordert.

## **Feinstaubproblematik unerwähnt**

Die Problematik der Feinstäube, die lungengängig und sehr viel Feiner als der Grobstaub, (PM10) der z.Z. als Grenzwert (10 mg/m<sup>3</sup>) von allen Abfallverbrennungsanlagen über die 17. Bundesimmissionsschutzverordnung eingehalten werden muss, wird in der BMU-Broschüre hingegen nicht erwähnt.

Dabei dürfte es den zuständigen Behördenvertretern in den Fachreferaten bekannt sein, dass lungengängige Feinststäube (Durchmesser 0,1 bis 2,5 µm) von den Filteranlagen der Abfallverbrennungsanlagen nicht gefiltert werden können. Diese verlassen unkontrolliert die Schornsteine der Verbrennungsanlagen. Der Sachverständigenrat der Bundesregierung hat in seinem Sondergutachten zur Umwelt bereits 2002 auf die steigende Problematik, sowie in den Auswirkungen auf die zunehmenden Gesundheitsgefahren der lungengängigen Feinststäube aufmerksam gemacht. Doch diese Umweltbelastungen werden bislang überwiegend von Politik und Behörden weitestgehend ignoriert (siehe fehlende, oder unzureichende Pläne zur Minderung von Feinstäuben und Klagen von Umweltverbänden gegen Behörden in Großstädten u. a. wie Berlin, Stuttgart, München, Hannover) Die Folgen dieser politischen Untätigkeit gehen zu Lasten der Umwelt und unserer aller Gesundheit.

## Nur geschätzte Dioxin-Daten

Auffällig ist, dass in der Broschüre nur minimale Angaben zu den Literaturquellen gemacht werden. Hauptsächlich wird lediglich aus einem einzigen Gutachten zitiert. (IFEU 2004 - im Auftrage des Umweltbundesamtes) In der Expertise werden lediglich nur geschätzte Daten der Dioxinmengen für das Jahr 2000 (UBA) präsentiert. Somit bleiben, was die Seriosität und die zeitnahe Aktualität der Daten zur Schadstoffproblematik anbelangt, mehr Fragen offen, als in dem Bericht insgesamt beantwortet werden.

Das Bundesumweltministerium muss sich die Frage gefallen lassen, was mit diesem Bericht erreicht werden soll? Zu einem Zeitpunkt, in dem zu Recht Abfälle ohne eine Vorbehandlung nicht mehr deponiert (siehe TASI Vorgaben zum 1.6.2005) werden dürfen, wird eine erneute Unbedenklichkeitserklärung für die Verbrennung von Abfällen vom BMU geliefert. Obwohl der Gesetzgeber die Gleichbehandlung von MVA und MBA festgeschrieben hat, wird in den Kommunen durch diese Broschüre die Müllverbrennung weiterhin favorisiert. Statt die Kommunen und Entscheidungsträger über die alternativen Techniken der mechanisch-biologischen Abfallbehandlung (MBA) sachgerecht aufzuklären, dass die dieselben Aufschluss- und Verwertungsraten wie in der Verbrennung von Abfällen umweltverträglicher und kostengünstiger ermöglicht werden können, werden wie gehabt, nur einseitige Platitüren in die Öffentlichkeit getragen. Diese Richtungsweisung ist deshalb vom BMU so Tendenziös wie falsch!

## Keine neuen MVA benötigt

Wie beschrieb es doch bereits Ende 1999 der bvse\* in einem Gutachten zutreffend: "Was Deutschland über die zukünftige Abfallwirtschaft benötigt, sind keine weiteren Müllverbrennungsanlagen, sondern (zu den bereits bestehenden MV-Anlagen) viele weitere MBA, Aufbereitungs- und Verwertungsanlagen zur Vorbehandlung von allen Abfällen." Diese Ansicht – da nachhaltig und zukunftsweisend - wird von unserem Umweltverband uneingeschränkt geteilt.

Auch dem BMU ist durch eigene Datenermittlung bekannt, dass gegenüber MVA-Anlagen die MBA-Anlagen kostengünstiger für die Kommunen und in der Lage sind, die Wertstoffe aus dem Abfall herauszuziehen. Selbst bei rückläufigen Abfallmengen kann die MBA als reine Sortierungs-, Kompost-, oder auch als Klärschlammbehandlungsanlage fungieren.

\* bvse - Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. ([www.bvse.de](http://www.bvse.de))

Diese Anlagenflexibilität kann keine MVA ermöglichen. Verbrennungsanlagen sind starr auf den Mengenerhalt der Abfälle ausgerichtet. Wenn Müllmengen ausbleiben, (wie z.B. in der MVA München Nord in der 1 von 2 Ofenlinien mangels Abfälle stillgelegt wurden) fallen dennoch die selben Kosten für die Bewirtschaftung der MV-Anlagen an. Entscheidend ist jedoch die Kurzsichtigkeit der einseitig auf Abfallverbrennungsanlagen gepolten bundesdeutschen Verwaltungsbeamten und Politiker, denn MVA vernichten wertvolle Rohstoffe der Zukunft. Bei immer noch überwiegender Stromproduktion erreicht die überwiegende Anzahl der Müllverbrennungsanlagen in der BRD eine sehr schlechte Energieausbeute von unter 20 %.

## Heizwertreiche Abfälle

Heizwertreiche Abfälle sind im wahrsten Sinne des Wortes bundesweit mehr als heißbegehrt. Über die Abtrennung von nichtbrennbaren sowie nassen, kompostierfähigen Abfällen soll in MBA und MBS-Ablagen ein Ersatzbrennstoff erzeugt werden, der als so genannter Sekundärbrennstoff sogar RAL-Güteeigenschaften aufweisen soll. Doch die Abtrennung von Inertstoffen wie Glas, Steine oder der Metalle macht aus Abfällen, die aus über 60.000 verschiedenen Chemikalien bestehen, keinen "schadstofffreien" Abfall. Im Gegenteil: im Besonderen gelten Gewerbeabfälle als höher mit Schwermetallen belastet, als herkömmliche Siedlungsabfälle.

Hochkalorische Ersatzbrennstoffe, so die übereinstimmende Argumentation der Entsorger, sollen in zusätzlichen, neuen Abfallverbrennungskapazitäten fast ausschließlich zur Verbrennung von Gewerbeabfällen errichtet werden. Doch die Mengen der Gewerbeabfälle werden nicht wie Siedlungsabfälle seit Jahren statistisch erfasst; sie ist somit unkalkulierbar. Entsprechend werden je nach Interessenlage der Verbrennungslobby für neu zu errichtende Verbrennungsanlagen die Gewerbemengen hochgeschraubt.

Eine neue Generation der so genannten "*Thermische Verwertungsanlagen*", soll vorsortierte Abfälle mit einem durchschnittlichem Heizwert von 12.-18.000 kg/J verbrennen. Diese Abfallverbrennungsanlagen sind wie herkömmliche MVA nach § 4 und 10 des BImSchG zu genehmigenden und müssen ebenso wie normale Müllverbrennungsanlagen auch die Grenzwerte der 17. BImSchV einhalten. Sie genießen damit auch keinen "Sonderstatus" wie es viele leichtgläubige Politiker der Bevölkerung zur schnelleren Durchsetzung dieser als "sauberere" bezeichneten Verbrennungsanlagen gerne glaubhaft machen wollen. Diese Anlagen werden als "Industrieheizkraftwerke" überwiegend an bestehende, energieaufwändige Produktions-, und Industrieanlagen angegliedert. Um den steigenden Energiepreisen zu entgehen, wird über die Verbrennung von Abfällen eine kostengünstige Energie- und Dampflieferantenquelle genutzt.

## Teure Energie

Da diese Verbrennungsanlagen wie auch die MVA auf den Erhalt von Abfallmengen angewiesen sind, lässt nicht den Schluss zu, dass sich eine Wiederverwertungs- und Stoffstrommanagement zur Schonung der endlichen Rohstoffvorkommen alsbald umsetzen lässt. Statt die hohen Energiepreise gemeinsam durch eine kritische Hinterfragung der Oligopole der 4 Energiefirmen in der BRD anzuprangern, um so Politik und Behörden zum Handeln und Schaffung von mehr Wettbewerb durch alternative Stromanbieter zwingt, werden wieder einmal nur Insellösungen für Großenergieab-

nehmer geschaffen. Diese Abfallverbrennungsanlagen helfen zwar der Industrie zu Lasten der Umwelt billigen Strom zu erzeugen. Weil jedoch die großen Stromabnehmer wegfallen, wird der Grundpreis der Energiekosten für den Normalverbraucher weiter ansteigen.

Nein, die Abfallverbrennung, ganz gleich wie dies mit schönfärberischen Worten in der gesamten BRD oft als „Ersatzbrennstoff-Heizkraftwerke“ bezeichnet werden, diese Anlagen haben trotz der Unbedenklichkeitserklärung des BMU immer noch keine Daseinsberechtigung.

## Unbedenklichkeitserklärung

Im Gegenteil: durch den weiteren Bau der von der Politik als notwendig und unbedenklich ausgewiesenen Verbrennung von Abfällen wird die Chemielobby und die Einwegindustrie weiterhin in ihrer Argumentation bestätigt, auch zukünftig noch schadstoffhaltige- und überflüssige Produkte zu erzeugen. Diese Abfälle werden letztendlich immer noch über die Gebühren zu Lasten der Bevölkerung entsorgt, statt sie über eine funktionsfähige Produkthaftung von der Industrie zu recyceln.

Statt über Gesetze und Verordnungen Einfluss auf diese schwerfällige Industrie zu nehmen, die nicht auf Veränderungen, sondern auf den Fortbestand ihrer abfallintensiven Produktionsweisen besteht, wird stattdessen die Verbrennung von Abfällen über diesen Bericht weiterhin "Hoffähig" gemacht. Auch die als „Klimafreundlich“ ausgewiesene MVA-Unbedenklichkeit muss mehr als kritisch hinterfragt werden. Unberücksichtigt bleibt bei diesem Bericht die Gesamtbetrachtung über die Produktlinie und die Ökobilanz von Abfällen. Diese hätte aufzeigt, dass bereits in der Herstellung von Produkten Durchschnittlich die 6-fache Menge an Abfällen entsteht. Damit fällt die angebliche Klimaneutralität über die Verbrennung von Abfällen in MVA gegenüber einer stofflichen Wiederverwertung wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Doch diese Wahrheiten verschweigen Sie dem Leser.

## Überkapazitäten der Entsorgung

Die max. Prognose für den angeblich wieder in die Kommunen zurückkehrenden Gewerbeabfall liegt in der BRD zwischen 9,1 und mit nur 3,4 Mio. Tonnen von der LAGA (Länderarbeitsgemeinschaft Abfall, ein Zusammenschluss der Fachbehörden der Bundesländer) ausgewiesen. Doch diese Verbrennungskapazitäten wurden längst erreicht. Sollten alle Pläne umgesetzt werden, so sind ca. 1/3 der Neubauten nicht mit Abfällen ausgelastet.

<b>Entsorgungslücke Abfall ?</b>			
<b>Angaben in Mio. Tonnen</b>	<b>Prognos</b>	<b>LAGA</b>	<b>BDE</b>
<b>Abfallmenge</b>	34,1	28,8	45,9
<b>Behandlungskapazität</b>	25,0 - 27,0	24,6 - 27,4	30,8 - 41,8
<b>Entsorgungslücke</b>	7,1 - 9,1	0,3 - 3,4	4,1 - 15,1

Quelle: TK Umweltdienste

Es ist deshalb zu befürchten, dass durch diese überdimensionierten Verbrennungskapazitäten ein gigantischer Müllsog und in Folge ein Mülltourismus entsteht. Bereits heute werden pro Jahr über 35 Mio. Abfälle auf deutschen Strassen transportiert. Dieser Mülltourismus macht zukünftig nicht mehr vor den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland halt: **Industrie- und Gewerbeabfälle unterliegen keinem kommunalen Andienungszwang wie die Siedlungsabfälle. Sie können laut EU-Gesetz als Wertstoffe im freien Warenverkehr in ganz Europa gehandelt werden.** Es ist deshalb zu befürchten, dass MVA-Überkapazitäten bei ausbleibenden Abfallmengen durch ausländische Abfallimporte ersetzt werden. (siehe BKB-Hamel)

Diese Befürchtung wird durch eine aktuelle Pressemittelung (7-2006) vom größten Abfallentsorger in der BRD, von der Firma REMONDIS bestätigt: Der Konzernchef Rethmann empfahl vor 2008 keine festen Abfalllieferverträge mehr mit Firmen abzuschließen, da nicht gewährleistet sei, ob langfristig abgeschlossene Verträge überhaupt eingehalten und diverse Firmen nicht Konkurs anmelden müssten.

Das diese Entwicklung lange durch die Umweltbewegung vorausgesagt worden war, ist unbestreitbar. Durch jede weitere Abfallverbrennungsanlage wird der Zwang zur Belieferung dieser Anlagen größer – und die abfallintensiven Produktions- und Herstellerverfahren der Industrie muss nicht geändert werden. Das die Bürger dabei hinter Licht geführt wurden, in dem sie Bienenfleißig eine wertstoffliche Abfallaufbereitung über den Grünen Punkt (DSD) finanzierten und diese Abfälle heute dazu genutzt werden, um als sogenannte heizwertreiche Abfälle für viel Geld auf dem Verbrennungsmarkt gehandelt werden, sei hier nur am Rande erwähnt. Ebenfalls dürfte nachvollziehbar sein, dass Abfälle dadurch teurer werden, denn ob leerstehende oder ausgelastete Verbrennungsanlagen: die Zeche zahlt immer die Bevölkerung!

## Müllvermeidung nur Worthülsen

Sie haben mit dieser Unbedenklichkeitserklärung allen Bestrebungen zur Abfallvermeidung - die bislang ohnehin nur im Gesetzestext als eine Worthülse und zahnloser Papiertiger zu finden ist - sowie der Wiederverwertung von nur endlich vorhandenen Rohstoffen einen Bärendienst erwiesen.

Auch spricht es für sich, dass die Autoren des Artikels ungenannt hinter dem Pseudonym "Öffentlichkeitsarbeit des BMU" anonym verschwinden, denn diese werden ausdrücklich für Nachfragen nicht genannt. Über ihren "Unbedenklichkeitsbericht" werden sich alle Politiker freuen, die Mangels eigener kommunaler Anstrengungen, stattdessen bundesweit zusätzliche Anlagen zur Müllverbrennung einfordern werden. Ebenso werden sich alle Monopolunternehmen zur Strom- und Entsorgung in Deutschland die Hände reiben, deren bisherige Bestrebungen zur Privatisierung und den Ausbau von MVA sie über diesen Bericht weit geöffnete Türen verschaffen.

Da dieser Bericht insgesamt die Problematik der Abfallverbrennung unzutreffend erfasst, erlauben wir uns, dem Bundesumweltministerium für diese Broschüre den Titel "Oskar der schlechtesten Umweltnachricht des Jahres" zu verleihen!

Mit nachdenklichem Gruß

V.i.S.d.P.: K. Koch  
DAS BESSERE MÜLLKONZEPT

Mobil-Tel: 0173-63 222 30  
e-mail: [umweltnetzwerk@alice-dsl.de](mailto:umweltnetzwerk@alice-dsl.de)